

Deutsche wollen Türkei nicht in der EU haben

☒ Und wieder eine neue Umfrage mit einem Ergebnis, dass man auch ohne Umfrage gekannt hätte. Was soll bekräftigt werden? Dass wir Deutschen böse und fremdenfeindlich sind, wie man gerade mit großem Getöse [beweisen](#) will? Jedenfalls hat eine neue [Forsa-Umfrage im Auftrag von n-tv](#) ergeben, dass die Deutschen einer EU ohne Türkei den Vorzug geben. Was für eine überraschende Erkenntnis!

Die Bundesbürger sind einer Umfrage zufolge mehrheitlich gegen einen EU-Beitritt der Türkei. In einer am Donnerstag veröffentlichten Forsa-Umfrage im Auftrag des Senders n-tv sprachen sich 59 Prozent dagegen aus. Dafür waren nur 36 Prozent, wie n-tv mitteilte. Die Umfrage mit 1.001 Befragten ergab keine nennenswerten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, dafür aber deutliche Abweichungen nach Bildungsgrad und politischer Ausrichtung.

Während Menschen mit Hauptschulabschluss (64 Prozent dagegen) oder mittlerer Reife (74 Prozent dagegen) einen EU-Beitritt besonders stark ablehnten, war unter denjenigen mit Abitur oder Studium eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für einen EU-Beitritt der Türkei (mit Nein stimmten 48 Prozent).

Mit 75 Prozent Nein-Stimmen sind die Anhänger der Unionsparteien am stärksten gegen eine Aufnahme der Türkei (Ja: 23 Prozent), gefolgt von den FDP-Anhängern (Ja: 32 Prozent, Nein: 68 Prozent), Anhängern der Linkspartei (Ja: 36 Prozent, Nein: 64 Prozent). Auch unter den Anhängern der SPD, die klar für den Beitritt der Türkei eintritt, wird die Parteilinie nur von einer Minderheit von 46 Prozent (Nein: 48 Prozent) unterstützt. Dagegen sprechen sich die Anhänger der Grünen der Umfrage zufolge klar für eine Aufnahme der Türkei in die EU aus.

Fazit: Wer klug ist (Abitur, Studium), weiß, was wir brauchen: Die Türkei. Und am allerklügsten und allergutesten sind natürlich die Grünen, die ja sowieso die moralische Deutungshoheit für sich beanspruchen. Richtig böse sind dagegen die CDU-Anhänger – aber da riechts ja sowieso immer ein wenig nach rechts und fremdenfeindlich.

(Spürnase: Phygos)



NRW-Polizei wirbt um Nachwuchs in Moscheen



Bisher entstand in der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck, es gäbe einen Mangel an Ausbildungsplätzen – hmm. In Nordrhein-Westfalen sind diese aber wohl im Übermaß vorhanden, denn dort bemüht man sich eifrig, sie zu besetzen – und das natürlich politisch korrekt. Die [Polizei geht in Moscheen](#) und versucht dort, Jugendliche mit Migrationshintergrund zum Polizeidienst zu überreden.

Zu Beginn und am Ende des drei Minuten langen Video-Clips sieht man betende Männer in einer Düsseldorfer Moschee. Alles ist friedlich, die Frauen – so erfahren wir – beten nebenan,

und im Keller warten die Polizisten darauf, den moslemischen Mitbürgern nach dem Gebet 500 Ausbildungsplätze sozusagen frei Haus liefern zu dürfen. Für dieses bessere Miteinander muss Migrant nicht einmal die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Wenn das nicht wahre Gutmenschlichkeit ist!

(Spürnase: Freidenker)

Streit um's Kopftuch: Messerstecherei vor Hamburger Schule

✘ Auf „temperamentvolle“ Art hat ein gebürtiger 15-jähriger Afghane auf dem Parkplatz einer Gesamtschule in Hamburg versucht, eine Auseinandersetzung zu seinen Gunsten zu entscheiden. Er [stach wie ein Wahnsinniger](#) auf einen 17-jährigen Schüler ein und verletzte ihn schwer. Anlass war ein Streit um das Kopftuch einer muslimischen Schülerin.

Wie von Sinnen stach er immer wieder zu: Ein Gesamtschüler (15) hat gestern auf dem Parkplatz vor der Jenfelder Schule einen Mitschüler (17) mit einem Messer niedergestochen. Der 17-Jährige erlitt schwere Verletzungen im Rücken und an den Beinen. Hintergrund der Attacke: ein heftiger Streit um das Kopftuch einer muslimischen Schülerin. (...) Felix H. (15, Name geändert) beobachtet, wie sich Steven (17) und Nawid (15) streiten. „Es ging um den Glauben“, das will er gehört haben. Dann sieht er, wie Nawid auf einmal ein Messer aus der Tasche zieht. Was dann folgt, ist brutale Jugendgewalt – eine von den gefährlichen Körperverletzungen, die in der Hansestadt innerhalb eines Jahres um mehr als 20 Prozent gestiegen sind.

Auf dem Schulparkplatz will Steven flüchten, doch er schafft es nicht: Die Messerstiche des 15 Jahre alten Täters treffen ihn in den Rücken, ins Gesäß und in die Beine. Felix H., der mit dem Täter in eine Klasse geht, ruft per Handy einen Rettungswagen. Das blutende Opfer wird ins Krankenhaus nach Wandsbek gebracht. Auch der Täter kommt in die Klinik – er hatte sich bei der heftigen Attacke selbst mit dem Messer leicht an der Hand verletzt. Noch im Krankenhaus nimmt die Polizei Nawid fest. (...) Zum Motiv der Tat äußert sich der 15-Jährige, der aus Afghanistan stammt, aber inzwischen deutscher Staatsbürger ist, nicht. „Die Ermittlungen haben allerdings ergeben, dass es schon Tage vor der Tat heftige Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen gegeben hatte“, so Polizeisprecher Andreas Schöpflin. Die Mitschüler, die den Streit vor den Messerstichen beobachtet haben, bleiben dabei, dass es um das Kopftuch einer Mitschülerin gegangen sein soll. Mohammed N. (12): „Steven hat das Mädchen verspottet, Nawid wollte es verteidigen.“ Nawid habe schon vor dem Tattag seinen Kontrahenten und dessen christlichen Glauben beschimpft, sagt Nina L..

Da wird ja bald der Ruf nach mehr Konfliktlotsen und Schulpsychologen ertönen ...

(Spürnasen: Bernd v. S. und spital8katz)

**Je düsterer die Zukunft,
desto größer die mediale**

Aufmerksamkeit

✘ Zum Jahresende hat Michael Miersch in der *Weltwoche* einen [wunderbaren Beitrag über Vorhersagen und Prognosen](#) geschrieben. Egal, ob die Zukunft auf Grundlage von Fakten weisgesagt wird, oder einfach Kaffeersatzleserei betrieben wird, gemein ist allen Prognosen: Sie wollen einfach nicht eintreten. Voll im Trend sind derzeit Weltuntergangsszenarien.

Hier ein kleiner Auszug:

Der Club of Rome und seine Anhänger läuteten der Erde von nun an die Totenglocken. «Mehr als dreieinhalb Milliarden Menschen bevölkern bereits unseren sterbenden Planeten – und etwa die Hälfte von ihnen wird verhungern», prophezeite Ehrlich, und die Weltöffentlichkeit nahm es für bare Münze. «Es wird dann in den zuerst betroffenen Regionen wie etwa Indien zu Milliarden Toten kommen», behauptete Meadows. Myers prognostizierte, dass bis zur Jahrtausendwende viele tausend Tierarten aussterben würden. Das besagte auch die Studie «Global 2000», die im Auftrag des US-Präsidenten Jimmy Carter erstellt wurde. Darin war die Rede vom «Verlust von annähernd einem Fünftel aller biologischen Arten unseres Planeten (das sind grob geschätzt mindestens 500000 Pflanzen- und Tierarten)». Stattdessen verschwanden einige Dutzend der bekannten Spezies. Und um die Frage, wie hoch der Verlust an unbekanntem Kleinlebewesen anzusetzen sei – also solche, die verschwinden, bevor man sie entdeckt –, streiten sich bis heute die Experten.

Die Öko-Apokalyptik lieferte den Treibstoff für einen Alarm-Journalismus, der bis heute die Medien prägt. Nicht Tatsachen interessieren, sondern Prognosen und Szenarien. Wer die Welt am düstersten malt, erhält die meiste Aufmerksamkeit. Schicht um Schicht türmen sich die Untergangsprognosen. Dass sie zumeist von der Realität widerlegt werden, kümmert kaum –

solange genügend Nachschub vorhanden ist. In den achtziger Jahren schwoll das mediale Donnerrollen gewaltig an. Nach und nach eroberte es den gesamten Kulturbetrieb und die Politik. In den deutschsprachigen Ländern wurde Waldsterben zum alles beherrschenden Thema. «Es ist nicht fünf vor zwölf», erklärte der SP-Nationalrat Moritz Leuenberger 1984, «sondern es ist längst zwölf Uhr gewesen. Die Sturzfahrt ist in den freien Fall übergegangen.» «Wir stehen am Rande eines Abgrunds, einer Katastrophe», sekundierte Verena Grendelmeier von der LdU/EVP, und der deutsche Naturschutzfunktionär Hubert Weinzierl behauptete: «Das Sterben der Wälder wird unsere Länder stärker verändern als der Zweite Weltkrieg.»

Es ist diese Unmässigkeit, dieser Verlust aller Massstäbe, der bis heute die Öko-Prognosen auszeichnet. Immer steht der Weltuntergang bevor, es geht nie eine Nummer kleiner.

Lesebefehl!

Mario M.: Höchststrafe und Sicherungsverwahrung

☒ Gestern versuchte der Gewaltverbrecher Mario M. noch einmal, das Ruder herumzureißen und die Richter milde zu stimmen. Er [entschuldigte sich](#) bei Stefanie und ihren Eltern und versprach lernen zu wollen, niemandem mehr weh zu tun. Mit der Masche ist er bisher immer erfolgreich gewesen, diesmal nicht. Das Urteil lautet [15 Jahre mit anschließender Sicherungsverwahrung](#).

Drei Minuten nach 10 Uhr verkündete Richter Tom Maciejewski das Urteil: 15 Jahre Haft für den Vergewaltiger der 14-

jährigen Schülerin Stephanie mit anschließender Sicherheitsverwahrung. Mario M. hat keine Möglichkeit, vor Absitzen der Strafe freizukommen.

Stephanies Eltern wirkten nach dem Urteil erleichtert. „Wir sind glücklich und froh, dass er ein hartes faires Urteil bekommen hat“, sagte die Mutter der 14-Jährigen am Donnerstag im Landgericht Dresden. „Das nimmt die Angst vor der Zukunft“, sagte sie. „Wir danken dem Gericht.“ Nun könne die Familie einen Schlusstrich unter diese Sache ziehen und Ruhe einkehren. „Uns ist zum Teil die Angst dadurch genommen“, sagte ihr Mann. „Wir können nun nach vorn schauen und entspannen.“ Stephanie sei in der Schule. „Ihr Bruder wird sie informieren“, sagte die Mutter.

„Jetzt hat das Leben für Stephanie wieder einen Sinn“, sagte die Mutter mit Tränen in den Augen. Die Urteilsbegründung, die noch einmal Details des schrecklichen Martyriums enthielt, sei schwer auszuhalten gewesen, sagte der Vater der 14-Jährigen ebenfalls sichtlich bewegt. „Unser Kämpfen hat sich gelohnt.“ (...) Die Richter verurteilten den Mann wegen Geiselnahme, Entführung, Vergewaltigung, schwerem sexuellen Kindesmissbrauch und verhängten dafür die Höchststrafe. Es wurde eine Sicherheitsverwahrung für die Zeit nach der Haftstrafe verfügt, alle zwei Jahre muss sich der Täter psychologisch untersuchen lassen. Der Staatsanwalt geht nicht davon aus, dass Mario M. psychologisch erfolgreich behandelt werden kann. In einem Interview nach dem Prozess äußerte er die Befürchtung, dass Marios Anwälte in Revision gehen werden. Staatsanwaltschaft und Nebenklage hatten eine Strafe bis zu 15 Jahren sowie die anschließende Sicherungsverwahrung beantragt. Die Verteidigung von Mario M. verzichtete auf einen konkreten Strafantrag, bat das Gericht aber darum, dessen Geständnis strafmildernd zu berücksichtigen.

Hoffen wir, dass auch eine Revision das Urteil nicht abmildert.

Fatwa gegen Verzehr von importiertem Fleisch

☒ Scheich Dr. Muhammad Sayyid at-Tantawi, höchste sunnitische Autorität in Ägypten, hat Moslems den [Verzehr importierten Fleisches per Fatwa verboten](#). Das Verbot gelte allerdings nicht, wenn beim Schächten des Tieres durch einen Ungläubigen (Christen oder Juden) diese die Formel „Im Namen Allahs“ ausgesprochen haben. Ein weiterer Grund für die Dhimmi-EU, die [fürchterlichen Langzeittransporte](#) von Schlachtvieh in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens keinesfalls zu verbieten.

„Das Tier, das gesetzeskonform (nach dem islamischen Gesetz) geschächtet wurde, darf (von Muslimen) verzehrt werden. Das gesetzeskonforme Schächten hat allerdings Bedingungen. Die wichtigsten von ihnen: Der Schächter muss geistig gesund sein, sei es ein Mann oder eine Frau, ein Muslim oder ein Jude oder Christ. Ein Tier, das als Götzenopfer oder von Gottlosen geschlachtet wurde, darf (von Muslimen) nicht gegessen werden.“

Wie ist das hier? Das Verbot müsste für gläubige Sunniten dann auch im Inland gelten. Vielleicht müssen Metzger hierzulande bald die Formel „Im Namen Allahs“ aussprechen, um unseren moslemischen Mitbürgern nicht zuzumuten, ihr Fleisch nicht überall kaufen zu können – und das betäubungslose Schächten wird natürlich Standard ... Wer braucht schließlich Tierschutz, wenn's um Wichtigeres geht, nämlich den Respekt vor anderen „Kulturen“. Immer deutlicher wird auch: Je mehr wir uns um Verständnis bemühen, desto ablehnungswürdiger sind wir.

Was wird aus dem Irak?



Ein US-Black Hawk
patrouilliert über
Bagdad (13.12.06).

Chaos im Irak. Es gibt unzählige Vorschläge, wie es weitergehen soll, allen ist gemein, dass sie nichts Gutes versprechen. Wir sind keine Hellseher, aber die Aussichten in und um Irak sind düster. Die überparteiliche Baker-Kommission empfiehlt einen Strategiewechsel mit schrittweiser Truppenreduzierung und völlig [unrealistische Dialoge](#) mit Syrien und Iran. Präsident Bush hat entschieden, erst einmal [nichts zu entscheiden](#) und zwei eigene Studien in Auftrag gegeben.

Und [Saudi-Arabien](#) kündigt schon mal an, im Falle eines amerikanischen Rückzuges die sunnitische Minderheit im Irak stützen zu wollen.

Als US-Vizepräsident Dick Cheney vor kurzem in Saudi-Arabien war, habe ihn der saudische König Abdullah gewarnt: Falls die USA ihre Truppen aus dem Irak abziehen, so wäre Riad gezwungen, zusammen mit anderen Golfstaaten im Irak einzugreifen. Zumindest finanziell müsse man dann den sunnitischen Kämpfern im Irak helfen. Das berichtet die „New York Times“ unter Berufung auf „arabische und amerikanische diplomatische Quellen“.

Der Bericht folgt nur zwei Wochen nach einer ähnlichen Information, die die saudische Regierung noch dementiert hatte. Am 29. November schrieb Nawaf Obaid, Chef einer privaten Sicherheitsfirma, der zeitweise auch die saudische Regierung beriet, in der „Washington Post“ genau dasselbe.

Untertitel: „Saudi-Arabien wird die Sunniten beschützen, wenn die USA gehen.“

Die saudische Regierung widersprach dieser Darstellung und trennte sich formal von Obaid. Ihm zufolge drängen die Regierungen von Ägypten, Jordanien „und anderen arabischen und muslimischen Ländern“ die saudische Führung schon lange, die sunnitischen Widerstandsgruppen mit Geld und Waffen zu versorgen, um zu verhindern, dass sie von schiitischen Milizen „abgeschlachtet“ werden. Die Forderungen werden laut Obaid unterstützt von prominenten Stammesführern und jüngeren Mitgliedern der königlichen Familie. Der Druck, etwas zu unternehmen, ist also sowohl innen- wie auch außenpolitisch massiv.

Bevorzugte Ansprechpartner im Falle einer „sunnitischen Internationalen“, wären die Baathisten, die verbliebenen Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei des Diktators Saddam Hussein. (...) Derweil haben 38 prominente saudische Geistliche alle Sunniten weltweit aufgerufen, ihren Glaubensbrüdern im Irak „mit allen angemessenen Mitteln“ zu helfen. Sie warnen vor der „schiitischen Gefahr“ und meinen, „was mit Gewalt genommen wurde, nur mit Gewalt zurückgenommen“ werden könne. Die Geistlichen gehören überwiegend der fundamentalistischen sunnitischen Glaubensrichtung des Wahhabismus an, die in Saudi-Arabien Staatsreligion ist. Sie betrachten die schiitische Ausprägung des Islam als ketzerisch.

Die Saudis sehen das Streben des Iran nach Vorherrschaft in der Region schon lange mit großer Sorge. So dürfte der Irak wohl zum Schlachtfeld der Kämpfe zwischen Schiiten gestützt durch den Iran und den Sunniten unterstützt von den Golfstaaten werden. Ein anarchistisches Chaos auf unabsehbare Zeit und ein Dorado für Terroristen.